

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Abgeordnete zum Südtiroler Landtag,

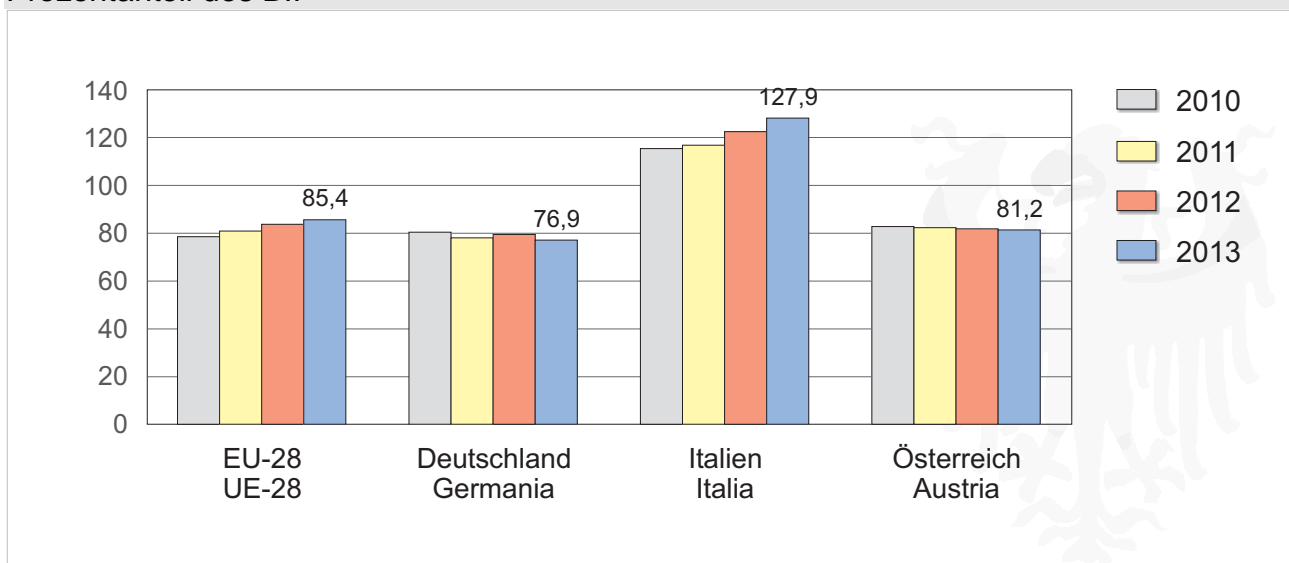
wir sind angetreten, um unser Land gemeinsam in eine sichere Zukunft zu führen. Zugegeben, dieses Ziel ist hochgesteckt in Zeiten, in denen die Sicherheiten in unserem Lebensalltag laufend abzunehmen scheinen und das wirtschaftliche Umfeld in Südtirol, Italien und Europa unsicher ist und wahrscheinlich auch noch eine zeitlang bleibt.

Wir sind angetreten, um unser Land gemeinsam in eine sichere Zukunft zu führen.

Besonders in turbulenten Zeiten, wie wir sie derzeit erleben, ist es oft nützlich, ja sogar notwendig, sich auf das Grundsätzliche zu besinnen, sich grundlegende Fragen bewusst zu stellen. Eine solche Frage wäre für uns etwa: Was ist die Aufgabe der Politik? Es gibt auf solch grundlegende Fragen zwar selten einfache Antworten, trotzdem würde ich aber sagen: Aufgabe der Politik ist, optimale Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass unsere Bürgerinnen und Bürger ihr Leben eigenverantwortlich und nach eigenen Vorstellungen gestalten können.

Wir arbeiten also an den Rahmenbedingungen und diese entsprechen derzeit leider nicht unseren Vorstellungen. Im Gegenteil: Die Welt ist eine instabile geworden, wir stecken mittendrin im sechsten Jahr der Krise, der Aufschwung wird zwar herbeigeredet, aber derzeit ist – vor allem in Italien – wenig davon zu erkennen, die Schuldenstände der Staaten haben bedenkliche Höhen erreicht und dazu kommt noch eine demografische Entwicklung, die Europa graue Haare wachsen lässt.

Öffentlicher Bruttoschuldenstand am 31.12.2013 Prozentanteil des BIP



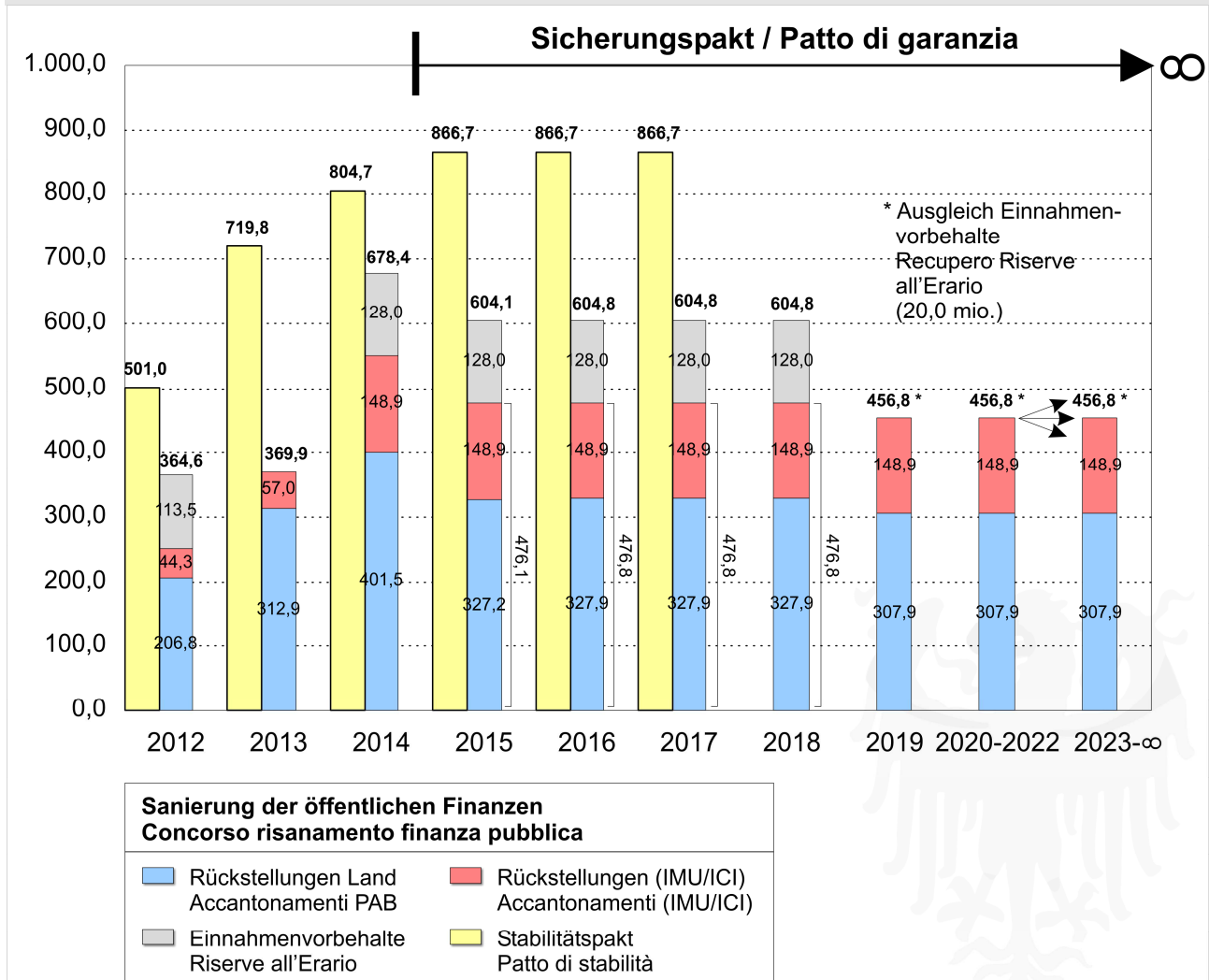
Quelle / Fonte: Eurostat

Die Kombination aus alledem zeigt: die Sicherheiten in unserem Lebensalltag schwinden, sie zu stabilisieren, den Menschen neuen Halt zu geben, ihnen wieder mehr Sicherheit zu bieten, empfinde ich demnach als Hauptaufgabe für das Jahr 2015, dessen Haushaltsvoranschlag wir in diesen Tagen zu diskutieren haben. „Eine sichere Zukunft“ mag demnach allzu sehr nach Slogan klingen, es ist aber das, was wir vor Augen haben. Warum? Weil die Bürgerinnen und Bürger nur in einer weitgehenden Sicherheit ihre Lebensentwürfe mutig und optimistisch verfolgen – und letztlich auch erreichen können.

Sicherheit, davon bin ich überzeugt, erreicht man dadurch, dass man sich den widrigen Rahmenbedingungen stellt. Da wären etwa die Staatsschulden, die immer erdrückender werden, die den Handlungsspielraum Italiens mehr und mehr einengen und oft genug auch unserem Land und unserer Autonomie die Luft abzuschnüren drohen. Mit dem Sicherungspakt haben wir uns von dieser Entwicklung abgekoppelt und zudem einen Schild geschaffen, der uns vor einseitigen Eingriffen des Staates in unsere Finanzen schützt – vor Eingriffen, die uns in den vergangenen Jahren immerhin rund 800 Millionen Euro jährlich gekostet haben. Der fixe Beitrag von jährlich rund 476 Millionen Euro, die Garantie, von allen weiteren Geldbeschaffungsmaßnahmen des Staates ausgenommen zu sein, die Überwindung des Stabilitätspakts, die objektiven Parameter zur Errechnung unseres Beitrags, die Umkehrung des Inkassoprinzips, die Absicherung auf bilateraler Ebene: all dies ist es, das den Vertrag mit Rom zu einem Sicherungspakt macht. Zu einem Pakt also, der Sicherheit schafft: Planungs- und Finanzierungssicherheit.

Sanierung der öffentlichen Haushalte

Werte in Millionen Euro



Quelle / Fonte: Abt. Finanzen / Rip. Finanze

Diese bereits erreichte Planungs- und Finanzierungssicherheit wird sich auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltungen positiv auswirken und garantiert nicht zuletzt, dass der verfügbare Landeshaushalt weiterhin eine solide Basis für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in unserem Land darstellt.

Verwendbarer Haushalt

Werte in Millionen Euro

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020-2022	2023-∞
Verwendbarer Haushalt*										
Bilancio spendibile*	4.654	4.387	4.523	4.600	4.653	4.707	4.729	4.932	5.046	5.162

* Ohne Rückstellungen und Durchlaufposten

* Al netto di accantonamenti e partite di giro

Quelle / Fonte: Abt. Finanzen / Rip. Finanze

Mehr Sicherheit gilt es auch durch die Weiterentwicklung der Autonomie zu schaffen.

Sehen wir uns diese Entwicklung im Rückspiegel an, so haben wir diese Sicherheit in einigen

Bereichen verloren; meist durch Gerichtsurteile,

die unsere Spielräume einschränken und ganz und gar einem zentralistischen Leitmotiv folgen. Es geht demnach darum, uns diese Zuständigkeiten wieder gänzlich

zurückzuholen, sie auch gerichtsfest zu machen und damit alle Interpretationsschwierigkeiten auszuräumen. Das ist, dessen müssen wir uns bewusst

sein, eine Mammutaufgabe, die auf uns alle hier in diesem Saal zukommt. Und es ist eine Riesenverantwortung, die wir bei der Überarbeitung des Statuts, die bekanntlich in zwei

Phasen erfolgen wird, zu schultern haben.

Es geht bei der Anpassung des Statuts nicht nur um die Ebenen Staat und Land.

Hier in diesem Saal habe ich schon einige Male darauf hingewiesen, dass man in dem politischen System, in dem wir eingebettet sind, kein eigener Staat sein muss, um selbst

gestalten und sich selbst verwalten zu können. Unser Land ist Teil eines Systems, das sich durch seine Multi-Level-Governance, also das Regieren durch das Vernetzen von

verschiedenen Ebenen, auszeichnet. Die Anpassung des Autonomiestatuts muss deshalb im Lichte einer Entwicklung gesehen werden, die weit über die Achse Bozen–Rom

hinausreicht. Unser Ziel ist es daher, das Statut so weiterzuentwickeln, dass die Europaregion Tirol–Südtirol–Trentino, aber auch die vor wenigen Wochen auf den Weg

gebrachte Makroregion Alpen, eine tragende Rolle bei der Ausgestaltung unserer Selbstverwaltung einnehmen können.

Und wenn wir den Blick von außen wieder nach innen richten, muss ich ganz klar festhalten: Es geht bei der Anpassung des Statuts nicht nur um die Ebenen Europa, Staat,

Region und Land. Vielmehr müssen wir bei der Reform auch schon die Ebene Gemeinden mitdenken. Denn nicht alle Zuständigkeiten, die wir für Südtirol sichern, müssen

Zuständigkeiten des Landes sein. Im Sinne der Subsidiarität gilt es zu eruieren, welche Aufgaben wirklich vom Land übernommen werden müssen und welche besser an die

Gemeinden weitergereicht werden.

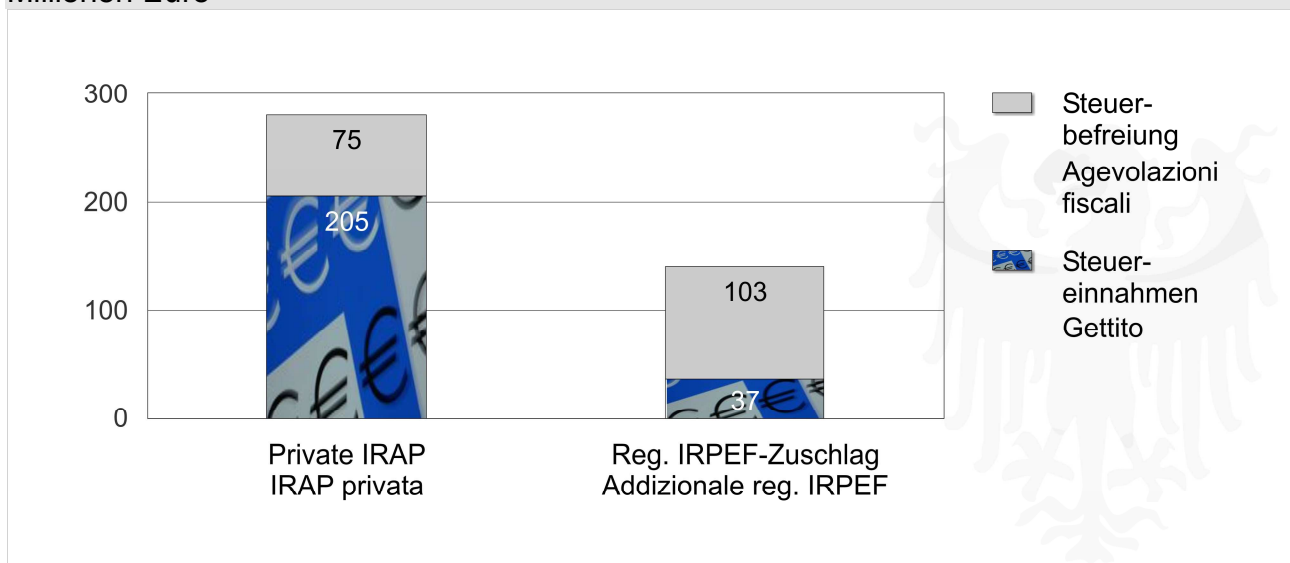
Wollen wir die Rahmenbedingungen stabilisieren, kann sich unser Tun natürlich nicht auf die Ebene der Zuständigkeiten beschränken: die Stabilisierung unseres Haushalts ist eine

Conditio sine qua non für langfristige Sicherheit, für die Bürgerinnen und Bürger ist sie

aber kaum unmittelbar spürbar. Um den Bürgerinnen und Bürgern ein Gefühl der Sicherheit zu geben, nein besser: um ihnen mehr Sicherheit zu geben, gilt es, sie zu entlasten, die Familien zu entlasten, die Unternehmen zu entlasten. Das schafft Spielräume, das eröffnet Perspektiven, das ermöglicht Handlungsoptionen.

Es ist dabei nicht so, dass wir damit 2015 Neuland betreten würden. Im Gegenteil: Wir gehen den Weg der Entlastungen, den wir in diesem Jahr schon eingeschlagen haben, konsequent weiter. So wird etwa die in diesem Jahr beschlossene No-Tax-Area bei der Einkommenssteuer IRPEF haushaltswirksam. Diese sieht bekanntlich die Befreiung vom regionalen IRPEF-Zuschlag für die ersten 20.000 Euro eines jeden Einkommens vor. 2015 wird zudem die Senkung des ordentlichen IRAP-Steuersatzes auf 2,68 Prozent wirksam, ebenso bleibt die IRAP-Befreiung von Neugründungen, gemeinnützigen Organisationen, Vereinigungen im Sozialwesen, Pflege- und Betreuungsdiensten. Nehmen wir dazu noch die IRAP-Boni für Neueinstellungen, die Entscheidung, den IRPEF-Zuschlag grundsätzlich auf dem niedrigstmöglichen Niveau zu halten, die Senkung der Autosteuer und die GIS-Rückerstattungen an die Gemeinden, dann summieren sich die Entlastungen auf 250 Millionen Euro. Die Entlastung im Bereich der IRAP hängt sehr eng mit dem noch nicht endgültig verabschiedeten Stabilitätsgesetz der Regierung in Rom zusammen. Im Finanzgesetz des Landes ist deshalb die Möglichkeit einer Anpassung des IRAP-Steuersatzes vorgesehen. Sicher ist jedoch, dass die künftige IRAP-Steuerbelastung keinesfalls höher, sondern allenfalls noch geringer sein wird, als jene, die für das Jahr 2015 vorgesehen wurde.

Steuerbefreiungen 2015 Millionen Euro



Quelle / Fonte: Abt. Finanzen / Rip. Finanze

Entlastungen, meine Damen und Herren, sind dabei kein Selbstzweck. Wir verzichten nicht auf 250 Millionen Euro an Einnahmen, nur um den Einfluss des Öffentlichen zurückzuschrauben. Nein, wir entlasten Bürger und Unternehmen, weil wir eine Gewissheit haben, die wiederum für das sorgt, was wir anfangs als Ziel ausgegeben haben: mehr Sicherheit. Diese Gewissheit lautet: Entlastung schafft Wachstum!

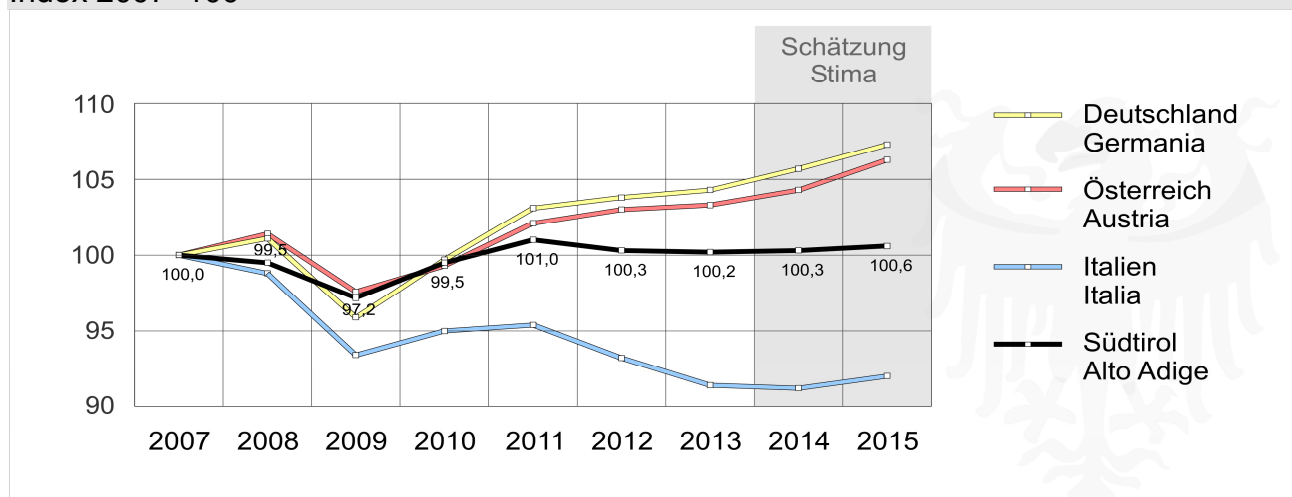
Entlastungen sind kein Selbstzweck, sondern schaffen Spielräume, eröffnen Perspektiven und ermöglichen Wachstum!

Ein solches Wachstum, ein durchaus konsistentes, erwarten wir deshalb auch für 2015. Den Referenzrahmen geben dabei die Wachstumsraten im Euro-Raum, bei unseren unmittelbaren Nachbarn und in Italien vor. Für den Euro-Raum etwa geht der Internationale Währungsfonds von einem Wachstum um 1,3 Prozent aus, Österreich und Deutschland werden etwas höher liegen, Italien dagegen hinkt deutlich hinterher. Für 2014 geht man noch immer von einer Rezession aus, also negativen Wachstumsraten zwischen 0,2 und 0,3 Prozent. Das Bild, das der Währungsfonds für 2015 für Italien zeichnet, ist nicht ganz so düster, aber mit einem Wachstum von geschätzten 0,8 Prozent doch bei Weitem nicht so rosig wie im restlichen Europa.

Und Südtirol? Südtirols Wachstum wird sich zwischen dem für den Euro-Raum und dem für Italien berechneten Wert einreihen, was im Übrigen ein mittlerweile langfristiger Trend zu sein scheint. Das bedeutet auch, dass es zwei Scheren gibt, die immer weiter auseinanderklaffen: Zum einen ist dies die Schere zwischen dem italienischen Bruttoinlandsprodukt und dem unseren, zum anderen aber – und das ist die Schattenseite – auch eine zwischen uns und unseren Referenzmärkten Österreich und Deutschland.

Bruttoinlandsprodukt – 2007-2015

Index 2007=100

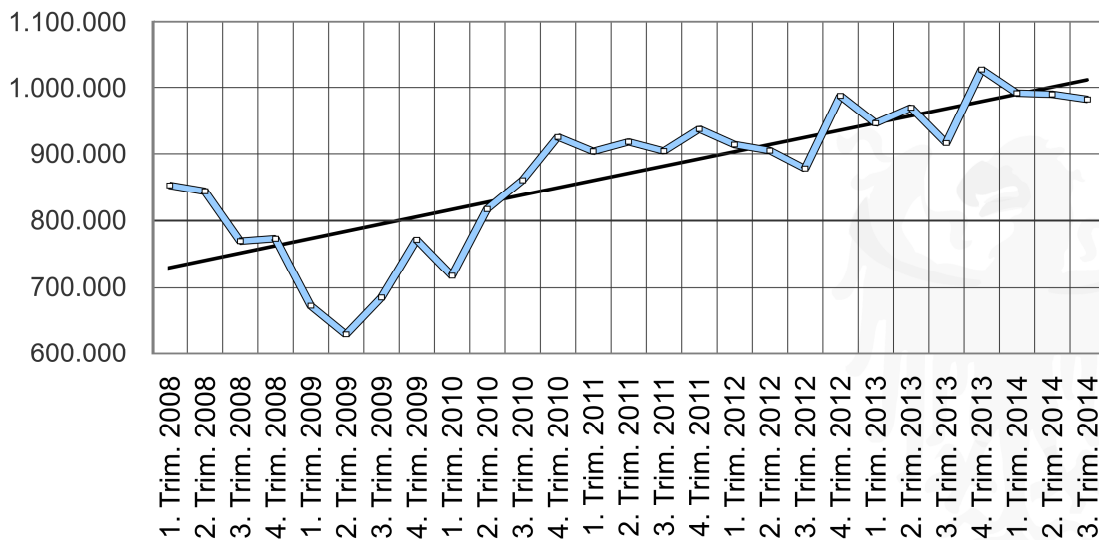


Quelle / Fonte: Eurostat, Istat, Astat

Um diese Entwicklung einzudämmen, gilt es demnach, das Wachstum in unserem Land konsequent zu fördern. Die Ausgangssituation ist dabei eine durchaus positive, wenn man sich die zentralen makroökonomischen Indikatoren vor Augen führt. Die Exporttätigkeit der Südtiroler Unternehmen entwickelt sich positiv und hat 2013 laut jüngst veröffentlichten Daten einen Zuwachs von 4,8 Prozent verzeichnet.

Ausfuhren nach Quartal – 2008-2014

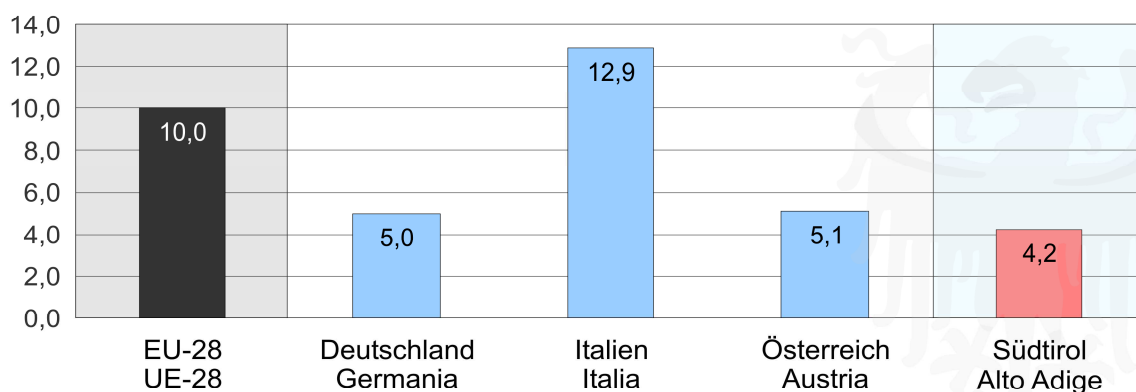
Werte in Tausend Euro



Quelle / Fonte: Istat/Astat

Vor allem aber auch der Südtiroler Arbeitsmarkt erweist sich, allen Unkenrufen zum Trotz, als überaus stabil. Nach wie vor liegt die Erwerbstätigenquote über 70 Prozent und die Arbeitslosenrate auf äußerst niedrigen 4 bis 4,5 Prozent.

Arbeitslosenquote – 3. Quartal 2014



Fonte: Eurostat, Istat/Astat

Dabei ist natürlich gerade der Arbeitsmarkt, die Beschäftigung ein Faktor, der auf das Wohlergehen unserer Bürger einen enormen Einfluss ausübt. Insofern galt schon im Koalitionsabkommen dieser Regierung ein Hauptaugenmerk der Schaffung von Arbeitsplätzen und daran wird sich auch im Arbeitsjahr 2015 nichts ändern.

Die schon angeführten steuerlichen Entlastungen der Unternehmen ist dabei nur eine Schiene, auf der wir unterwegs sind. 2015 stehen auch die Reform der Wirtschaftsförderung – einschließlich der Landwirtschaft – und deren Umsetzung auf unserer Agenda, eine Reform, die klare Ziele verfolgt: einerseits den Abbau der aufliegenden Beitragsgesuche mit Reduzierung der enormen Wartezeiten bei Betriebsinvestitionen und andererseits eine Ausrichtung der Wirtschaftsförderung, die diese gezielt, wirksam, schnell und nachhaltig finanzierbar macht. Zu diesem Zweck wurden alle Interessensverbände von Beginn an in den Reformprozess eingebunden. Bereits in den nächsten Wochen werden die wesentlichen Inhalte der Reform und der Zeitplan für die Wiederezulassung zu verschiedenen Förderschienen feststehen.

Die Reform bedeutet, von nicht gerade lieben, aber doch alten Bekannten Abschied zu nehmen. Der erste dieser Bekannten ist das Gießkannenprinzip, von dem wir den Absprung schaffen, weil wir auf eine Wirtschaftsförderung setzen, die den Mitnahmeeffekt einschränkt und stattdessen klare Zugangsvoraussetzungen vorsieht. Wirtschaftsförderung hat nämlich nicht den Zweck, Ressourcen undifferenziert und breit zu verteilen, sondern sie ist ein Lenkungsinstrument für die wirtschaftliche Entwicklung.

Mit der Reform verbunden ist auch ein Abschied vom zweiten alten Bekannten, dem Verlustbeitrag für Investitionen. Das Ausmaß dieser Förderschiene wird reduziert und auf „Softinvestitionen“ wie Beratung, Weiterbildung, Internationalisierung sowie Forschung und Entwicklung konzentriert. Im Bereich der Investitionen wird der Verlustbeitrag dem Rotationsfonds Platz machen, der bisher – mit Ausnahme des Tourismus – wenig in Anspruch genommen wurde. Daneben wird als dritte Schiene eine außerordentliche Förderung mittels Ausschreibung für strategische Investitionen mit einem hohen Wachstums- und/oder Beschäftigungspotenzial vorgesehen.

Und Abschied nehmen heißt es auch von einem Bekannten Nummer drei: jahrelangen Wartezeiten. Wir stellen den Förderprozess im Zuge der Reform so auf, dass das System berechenbarer und zeitlich zuverlässig wird. Davon profitieren insbesondere unsere Betriebe.

Die grundlegende Reform der Wirtschaftsförderung zeigt eines ganz deutlich: Sicherheit schafft man nicht dadurch, dass man sich auch bei sich rasant ändernden Rahmenbedingungen an Althergebrachtes klammert. Schließlich geht man bei

Regenwetter auch nicht in T-Shirt und Sandalen auf die Straße, nur weil das Wetter in den vergangenen Tagen so schön war...

Sicherheit heißt demnach nicht, den Status quo aufrecht zu erhalten. Sicherheit heißt, den Rahmenbedingungen entsprechend zu handeln, wenn's sein muss, auch mit Gummistiefeln und Regenschirm...

2015 wird demnach ein Jahr, in dem wir Neuordnungen strategisch wichtiger Bereiche auf den Weg zu bringen haben, um von der Entwicklung nicht überrollt zu werden. Das betrifft in erster Linie die besonders kostenintensiven Bereiche, allen voran natürlich das Gesundheitswesen. Was dazu

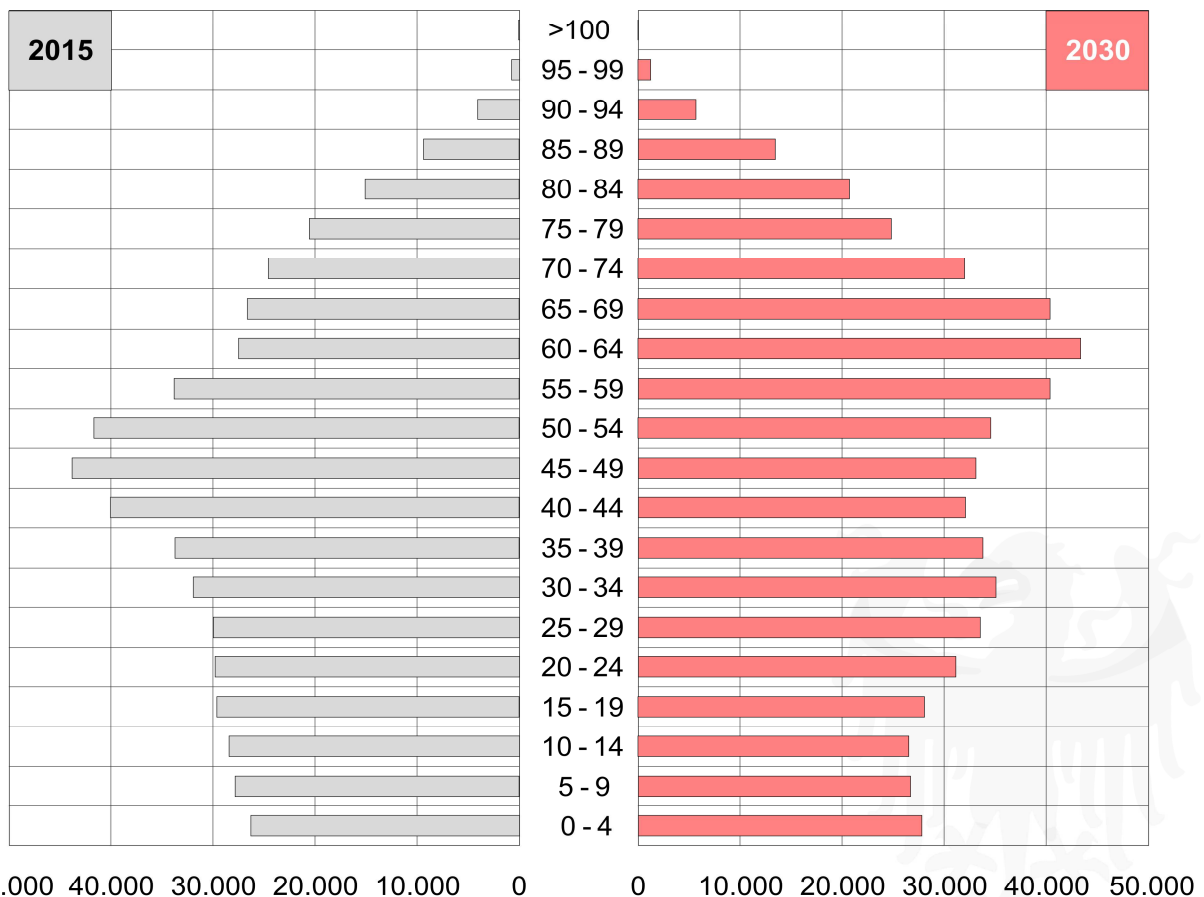
Bei der Neuordnung des Gesundheitswesens geht es nicht darum, mehr oder weniger Geld auszugeben, sondern darum, mit dem Geld, das wir ausgeben, mehr Leistungen zu erbringen.

vorauszuschicken ist: Gerade im Gesundheitswesen geht es nicht ums „Sparen“ oder streichen, also nicht darum, künftig einfach weniger auszugeben. Warum nicht? Weil das angesichts stetig steigender Kosten für Medikamente und Medizintechnik, angesichts steigender Ansprüche, angesichts der ansteigenden Zahl chronischer Erkrankungen, vor allem aber angesichts der demografischen Entwicklung ohnehin nicht machbar ist. Es geht darum, effizient zu werden, um den Standard halten zu können. Und das müssen wir und das wollen wir!

Nehmen wir nur den Faktor demografische Entwicklung und hier vor allem den Anstieg der Anzahl der Älteren in unserer Gesellschaft. Wenn wir „älter“ am Rentenalter festmachen, also bei 65 Jahren, dann haben wir folgende Entwicklung vor Augen: 2015 wird es in Südtirol voraussichtlich etwas mehr als 51.000 65- bis 75-Jährige geben, im Jahr 2030 schon fast 72.500. Was die 75- bis 85-Jährigen betrifft, so rechnet man 2015 mit rund 35.000, 2030 mit rund 10.000 mehr. Und bei den Über-85-Jährigen werden wir im nächsten Jahr bei rund 14.000 stehen, 2030 bei über 20.000. Insgesamt heißt dies: In den Jahren bis 2030 wird die Anzahl der Über-65-Jährigen in unserer Gesellschaft um rund 37 Prozent steigen und damit auch der Bedarf an medizinischer Betreuung und Pflege.

Also, wer glaubt, dass wir künftig weniger für unsere Gesundheit ausgeben oder ausgeben können, der irrt. Was wir aber tun müssen, ist die Kostensteigerung einzudämmen, damit der Bereich finanzierbar bleibt, damit wir nicht Leistungen einsparen müssen, damit wir nicht auf Kosten der Bürger sparen.

Wohnbevölkerung nach Alter – 2015 und 2030



Quelle / Fonte: Astat

Wer nun die Diskussionen rund um die Neuordnung unseres Gesundheitswesens in den letzten Wochen verfolgt hat, der muss glauben, es gehe darum, die kleinen Geburtshilfe-Stationen zu schließen. Dabei ist diese Frage nur ein Teilaspekt der geplanten Neuordnung, die viel, viel breiter aufgestellt ist. Im Reformkonzept geht es einmal um die Stärkung der gesundheitlichen Nahversorgung, die in erster Linie außerhalb der Krankenhäuser erfolgen soll: bei den Basisärzten und in den Sprengeln. Es geht zudem um die Umsetzung eines Stufenmodells der medizinischen Betreuung im Krankenhaus, das vor allem darauf setzt, das System der Krankenhäuser mit Bezirks- und Basiskrankenhäusern als eine Einheit zu verstehen, die gemeinsam den Gesundheitsdienst am Bürger versieht. Insbesondere müssen auch die Dienste am Landeskrankenhaus reorganisiert werden.

Und schließlich müssen wir auch Hand an die Verwaltung legen und das vollenden, was vor Jahren mit der Schaffung eines einzigen Sanitätsbetriebs angefangen worden ist. Es geht nun darum, wirklich einen Betrieb zu schaffen: mit einer einheitlichen

Verwaltungsstruktur und betrieblichen Organisation, einer starken Vernetzung und optimierten, effizienten Prozessen.

Dieser Mammutbrocken an Arbeit steht in diesem Haus im Frühjahr an und wir alle sollten die langfristige Sicherung der Gesundheitsversorgung in unserem Land vor Augen haben und nicht den kurzfristigen politischen Erfolg. Es geht, meine Damen und Herren, letztendlich auch hier um Sicherheit: um die Sicherheit der Bürger, auch morgen noch auf eine flächendeckende, qualitativ hochwertige, kostengünstige, effiziente Gesundheitsversorgung in Südtirol zählen zu können.

Ein zweiter Schlüsselbereich, den wir in diesen Monaten und noch im ganzen Jahr 2015 auf gänzlich neue Beine stellen, ist jener der Energie, angefangen bei der Neuregelung der Konzessionsvergabe für Klein- wie Großwasserableitungen bis hin zur strategischen Neuausrichtung unserer Landesenergiegesellschaft.

Was die Konzessionsvergabe betrifft, so gilt es vor allem Klarheit, Rechtssicherheit für die Zukunft zu schaffen, ein System, in dem die Rollen klar verteilt und Interessenskonflikte ausgeschlossen sind.

Was dagegen die Neuausrichtung der SEL betrifft, so wird diese sich künftig auf das Kerngeschäft konzentrieren, und das sind die großen Kraftwerke. Folgerichtig wird die SEL den Partner-Gemeinden die Anteile an den Gesellschaften zum Kauf anbieten, die kleine E-Werke führen, und sich damit aus diesem Geschäft zurückziehen.

Wir wollen einen großen öffentlichen Stromproduzenten schaffen, der Versorgungssicherheit, erschwingliche Strompreise und zusätzliche Mittel für die öffentlichen Kassen garantiert.

Gleichzeitig soll der Marktauftritt im Bereich der Stromproduktion durch die Großkraftwerke gestärkt werden, indem ein großer, öffentlicher Südtiroler Stromproduzent geschaffen wird, der dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Und dieses Gemeinwohl lässt sich an Versorgungssicherheit, erschwinglichen, vor allem aber stabilen Strompreisen und einem nicht von der Hand zu weisenden Zustrom in die öffentlichen Kassen festmachen. Sofern demnach – und davon gehe ich eigentlich aus – die Zusammenarbeit mit den Etschwerken besiegelt wird, gibt es demnach künftig einen Stromproduzenten, an dessen Geschäftserfolg alle öffentlichen Hände in Südtirol teilhaben können: die Städte Bozen und Meran als Eigentümer der Etschwerke, das Land als Eigentümer der SEL und alle anderen Gemeinden, denen wir den Einstieg in die neue Gesellschaft durch das Abtreten von SEL-Anteilen ermöglichen. Niemand bleibt demnach außen vor, alle können von

dieser Neuausrichtung unserer Strompolitik gleichermaßen profitieren, die zweierlei bringt: ein Mehr an Sicherheit für die Bürger und einen Energieschub für Land wie Gemeinden!

Wichtige Weichen werden 2015 auch im Bereich der Verwaltungsinnovation gestellt. Wenn wir uns all das, was wir uns an ehrgeizigen Zielen gesteckt haben, auch tatsächlich umsetzen wollen, müssen wir nämlich auch die Verwaltung an die geänderten und sich ändernden Rahmenbedingungen anpassen. In den letzten Monaten haben wir – gemeinsam mit unseren Führungskräften – klare Vorgaben entwickelt, die in den nächsten Monaten, oder realistischer: in den nächsten zwei, drei Jahren erreicht werden sollen. Im Zentrum steht die schon genannte grundlegende Anpassung der vor fast einem Vierteljahrhundert letztmals geregelten Verwaltung. Dafür wird ein Leistungskatalog erstellt, also werden zunächst die Fragen angegangen, welche Aufgaben das Land übernehmen soll und welche besser nicht, welche Dienste wir künftig noch bieten wollen und welche nicht, wie wir dies mit den vorhandenen Ressourcen bestmöglich umsetzen können und wie wir unsere Abläufe steuern und kontrollieren. Dazu kommt die Vereinfachung der Prozesse, die eine bürokratische Entlastung mit sich bringen soll, und letztendlich auch eine Vorgabe, die heute und hier besondere Aktualität gewinnt: eine effiziente Haushaltsplanung.

Der vorliegende Haushaltsentwurf ist in dieser Optik als Übergangshaushalt zu sehen. Sie alle wissen, dass es unser Ziel ist, die Haushaltsplanung gänzlich zu überdenken, jeden Haushaltsposten – wie schon so oft betont worden

ist – auf Null zu setzen, um von dort ausgehend darüber nachzudenken, welche Ausgaben notwendig sind, welche gekürzt oder gar gestrichen werden können, wo der Bedarf gestiegen und wo ganz neue Anforderungen auch finanziell zu decken sind. Dieses „zero-based budgeting“ ist eine große Aufgabe, die Zeit braucht. Zeit, Experten damit zu befassen, Zeit, alle Punkte minutiös angehen zu können, Zeit, auch Denkstrukturen aufzubrechen. Wir haben immer als Ziel ausgegeben, den Haushaltsentwurf 2016 als ersten in dieser neuen Reihe zu sehen.

Der vorliegende 2015er Haushalt ist aber andererseits auch keine reine Fortschreibung dessen, was wir vorgefunden haben. Auch er folgt schon klaren Logiken, hat sich nur noch nicht gänzlich aus dem alten Korsett befreit. Was zunächst einmal eine gute Nachricht ist, dergestalt nämlich, dass der Haushalt im kommenden Jahr nicht kleiner wird, und zwar

***Der verfügbare Haushalt 2015
ist gegenüber dem Haushalt
2014 um rund 1,8 Prozent
angestiegen.***

trotz der umfassenden Entlastungen, die sich einnahmenseitig natürlich auswirken. Der Haushalt umfasst im kommenden Jahr nichtsdestotrotz 5,333 Milliarden Euro, von denen wir aber Durchlaufposten und Rückstellungen abziehen müssen, weil wir über diese nicht verfügen können. Bleiben insgesamt 4,602 Milliarden Euro, was einem Anstieg des verfügbaren Teils gegenüber dem laufenden Jahr von rund 1,8 Prozent entspricht.

Warum wird dann trotzdem immer vom Sparen geredet? Aus zwei Gründen: zum einen bleibt zwar der Haushalt relativ stabil, der Umfang der damit zu finanzierenden Leistungen nimmt aber stetig zu:

Bildung, Pflegesicherung, Familiengeld, Kleinkinderbetreuung, um nur einige zu nennen,

dazu physiologische Kostensteigerungen beim Personal und Investitionsbedarf in „neue“ Infrastruktur, etwa das Landesbreitbandnetz. Es geht demnach um das Setzen von Prioritäten, es geht um Umschichtungen, es geht – einfache Worte für eine schwierige Aufgabe – darum, mit gleich viel bessere Ergebnisse zu erzielen.

*Wir müssen mit gleich viel
Mitteln mehr Leistungen
finanzieren. Deshalb heißt es
Prioritäten setzen und Mittel
umschichten.*

Wie haben wir diese Aufgabe nun konkret gelöst? Wir haben funktionelle und inhaltliche Prioritäten gesetzt. Unter funktionellen Prioritäten verstehe ich die Strategie, die laufenden Kosten einzudämmen, um damit Mittel für zusätzliche Investitionen frei zu machen. Das wirkt sich so aus, dass wir 2015 um 6,4 Prozent mehr Investitionen tätigen können und die Investitionen mittlerweile rund ein Drittel des Haushalts ausmachen. Wie viel dies ist, zeigt der Vergleich mit 2012, als nur ein Viertel der Mittel in Investitionen geflossen sind.

Es ist dies unsere Antwort auf die Krise: Durch Investitionen in die Infrastruktur verbessern wir nicht nur die Voraussetzungen des Wirtschaftsstandorts (und nicht zu vergessen: des Lebensraums) Südtirol, sondern setzen auch Impulse für die Wirtschaft, schaffen Auftragsvolumen für die heimischen Betriebe, sichern Arbeitsplätze und die Zukunft vieler Unternehmen. In die Infrastruktur zu investieren, heißt demnach, in die Zukunft zu investieren.

Apropos Zukunft: Durch unser langfristig angelegtes, nach objektiven Kriterien erstelltes Infrastrukturprogramm schaffen wir Planungssicherheit auf allen Seiten: für uns, weil wir wissen, welche Projekte wann angegangen werden, für die Bezirke und Gemeinden, für die dies ebenso wichtig ist, und nicht zuletzt für die Betriebe, die einen Überblick darüber haben, welche Arbeiten wann wo anfallen.

Was dagegen die inhaltlichen Prioritäten betrifft, so haben wir in jenen Bereichen nicht gekürzt bzw. sogar aufgestockt, die wir für zentral für die Entwicklung unseres Landes

halten. An dieser Stelle sind zuerst die Investitionen in die Köpfe unserer Jugend zu nennen, weshalb der Bildungsbereich 2015 sogar über leicht mehr Mittel verfügen kann als noch im laufenden Jahr. Eine Steigerung gibt es auch im Bereich der Forschung und Universität, zwei für die künftige Entwicklung des Landes strategische Bereiche. Zu nennen ist auch die Unterstützung, die wir Familien und sozial Schwächeren zukommen lassen, um auch ihnen die nötige Sicherheit zu geben, ihre Zukunft möglichst eigenverantwortlich zu planen. Dieser Bereich weist deshalb ein sattes Plus von 8,1 Prozent auf.

Mit einem Plus steigt auch der Bereich Mobilität aus und auch dort geht es um Investitionen in die Zukunft unseres öffentlichen Nahverkehrs. Investitionen, die wir übrigens auch dadurch leichter stemmen können, indem wir die Abopreise neu geregelt haben.

Mobilität in Südtirol hört aber nicht beim öffentlichen Nahverkehr auf. Die Geschichte unseres Landes ist nicht zuletzt auch eine Geschichte der Mobilität. Unser Land stellt durch seine Lage an den alpenquerenden Transitachsen seit jeher eine Schlüsselstelle im

In der Euregio haben wir die Chance über den Tellerrand zu blicken und gemeinsam Probleme zu lösen, indem wir sie in einen größeren Zusammenhang stellen.

europäischen Verkehrsnetz dar. Diese Schlüsselposition wollen wir auf der einen Seite durch zukunftsweisende Infrastrukturvorhaben wie dem Brennerbasistunnel und auf der anderen Seite durch eine die Gesellschaft durchdringende neue Mobilitätskultur stärken: Unser Land soll zu einer Modellregion in Sachen nachhaltiger alpiner Mobilität werden. Den Fahrplan dorthin hat die Landesregierung erst in dieser Woche festgelegt. Auf drei Achsen – der Radmobilität, der Elektromobilität und der so genannten intermodalen Mobilität – wollen wir Südtirol zu einem Bezugspunkt in der Green Mobility machen. Konkret wollen wir bis 2018 mindestens 30 Schnell-Ladestationen für Elektrofahrzeuge errichten und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass bis 2020 mindestens 1000 Elektroautos in Südtirol zirkulieren.

Noch eines ist mir in diesem Zusammenhang wichtig zu betonen: Die Landesregierung sieht sich bei der Umsetzung der Green-Mobility-Strategie nicht als Einzelplayer, sondern als Akteur unter vielen. Wir wollen als Land alle Beteiligten zusammenspannen und eine zentrale Koordination gewährleisten.

Erlauben Sie mir noch ein Wort zur Mobilität: Es ist dies nicht nur ein Bereich, der sich in den letzten Jahren enorm dynamisch entwickelt hat, es ist auch ein Bereich, der eine weitere Entwicklung – nicht nur hin zur Nachhaltigkeit und Schonung der Ressourcen – vorweg nimmt: jene in Richtung grenzüberschreitendes Denken, grenzüberschreitendes Handeln. Stichwort: grenzüberschreitender Zugverkehr. Stichwort: Brennerbasistunnel. (Schon bald wohl auch) Stichwort: Flughafen. Was wir nämlich in der und mit der Euregio zu etablieren versuchen, den Blick über den Tellerrand, das gemeinsame Lösen von Problemen, das Denken in größeren Zusammenhängen, führt uns der Bereich Mobilität schon heute handfest und greifbar vor Augen. Das mag an der Natur der Mobilität liegen, nachdem Straßen und Schienen an den Grenzen ja nicht aufhören, es zeigt aber auch, wie groß der Mehrwert für unsere Bürger ist, wenn wir den Fokus aufziehen und in unsere Überlegungen auch immer unsere Nachbarn einbeziehen. Ohne großes Getöse, ohne großes Brimborium, ohne markige Sprüche, ganz einfach im alltäglichen Handeln.

Die Entwicklung, dass die Grenzen zu unseren Nachbarn immer weniger spürbar werden, ist übrigens eine, die wir – heimlich, still und leise – in Südtirol selbst schon vorgemacht haben, indem wir die Grenzen in unserem Land, die Balken vor unseren Köpfen abgebaut haben, die bis dato die Sprachgruppen in diesem Land voneinander ferngehalten haben. Heute ist der Austausch, heute ist die Zusammenarbeit, heute ist das Miteinander ein ganz alltägliches, natürliches. Sichtbar wird dies auch daran, dass einer der Schwerpunkte 2015 auch das neue Kulturgesetz sein wird, das die Überwindung der Sprachbarrieren auch in diesem so heiklen Bereich nachvollziehen wird: behutsam, ohne Übervorteilungen, mit der Einbeziehung aller, um keine neuen Wunden zu reißen, wo alte gerade verheilt sind.

Wir sind, sehr geehrte Abgeordnete, angetreten, um dieses Land, unser Land gemeinsam in eine sichere Zukunft zu führen. Wir finden dafür gute Voraussetzungen vor. Voraussetzungen,

Die Voraussetzungen dafür, dass Südtirol eine Modellregion in Europa bleibt, sind vorhanden. Nutzen müssen wir sie gemeinsam.

für die in der Vergangenheit der Grundstein gelegt wurde und die wir für die Zukunft abgesichert haben und noch besser absichern werden. Südtirol steht heute gut da und wenn wir am Ende des kommenden Jahres dafür gesorgt haben, dass die Südtirolerinnen und Südtiroler trotz aller Turbulenzen mit etwas mehr Sicherheit in die Zukunft blicken können und mit Zuversicht die Umsetzung ihres eigenen Lebensentwurfes angehen, dann

haben wir das erfüllt, was ich an den Anfang dieser Rede gestellt hatte: die zentrale Aufgabe der Politik.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!